



Arbeitsversion

Nachtrag IX zur Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004

Änderung vom ...

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (SRS Nummern)

Neu: –
Geändert: **111.1**
Aufgehoben: –

I.

1. Der Erlass SRS 111.1 (Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004) (Stand 1. Januar 2021) wird wie folgt geändert:

Art. 8 Abs. 1

¹ Dem fakultativen Referendum unterstehen:

1. (geändert) allgemein verbindliche Reglemente, ausgenommen Gebührentarife;
3. (geändert) allgemein verbindliche Vereinbarungen;
13. (geändert) Vernehmlassungsbeschlüsse betreffend Neubau von Kantonsstrassen und Veränderung der Zahl der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr, sofern der darauf entfallende Projektbetrag CHF 3'000'000 übersteigt;

Art. 28 Abs. 1 (geändert)

¹ Jedes Mitglied des Stadtparlaments kann mit einer Motion beantragen, dass der Stadtrat den Entwurf für eine Revision der Gemeindeordnung, für ein allgemein verbindliches Reglement oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlege.

Art. 31 Abs. 1

¹ Das Stadtparlament wählt:

6. (geändert) auf Vorschlag des Stadtrats die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber und die Leitung der Finanzkontrolle;

Art. 32 Abs. 1

¹ Das Stadtparlament beschliesst unter Vorbehalt des Referendums (Art. 7 und 8) über:

1. (neu) die Gemeindeordnung;
2. (neu) allgemein verbindliche Reglemente, ausgenommen Vollzugsvorschriften;
3. (neu) den Zonenplan;
4. (neu) allgemein verbindliche Vereinbarungen.
 - a) *Aufgehoben.*
 - b) *Aufgehoben.*
 - c) *Aufgehoben.*
 - d) *Aufgehoben.*

Art. 34 Abs. 1 (geändert)

4. Gemeinde- und Ortsbürgerrecht (Überschrift geändert)

¹ Das Stadtparlament beschliesst auf Antrag des zuständigen Einbürgerungsrats über die Erteilung des Gemeinde- und Ortsbürgerrechts, wenn gegen den Beschluss des Einbürgerungsrates, das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht zu erteilen, gültig Einsprache erhoben wurde.

Art. 35 Abs. 1

¹ Das Stadtparlament beschliesst unter Vorbehalt des Referendums (Art. 7 und 8) ferner über:

6. (geändert) Vernehmlassungsbeschlüsse betreffend Neubau von Kantonsstrassen und Veränderung der Zahl der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr, sofern der darauf entfallende Projektbetrag CHF 3'000'000 übersteigt;

Art. 37 Abs. 2 (geändert)

² Wer eine Unvereinbarkeit herbeiführt, hat zu entscheiden, welches Amt sie oder er ausüben will. Wird eine Unvereinbarkeit gleichzeitig durch zwei Gewählte herbeigeführt, so hat das amtsjüngere Mitglied des Stadtrats zu entscheiden, welches Amt es ausüben will. In den anderen Fällen entscheidet das Los.

Art. 40 Abs. 2 (geändert), **Abs. 3** (aufgehoben)

2. Zuständigkeit a) Im Allgemeinen (Überschrift geändert)

² Er erfüllt die Aufgaben, die ihm von Gesetzes wegen zugewiesen sind, sowie unter Vorbehalt der Übertragung an nachgeordnete Stellen durch Reglement folgende Aufgaben:

1. (neu) Antragstellung an das Stadtparlament in Angelegenheiten, für welche die Bürgerschaft oder das Stadtparlament zuständig sind;
2. (neu) Vollzug der Beschlüsse der Bürgerschaft sowie des Stadtparlaments;
3. (neu) Organisation und Führung der Verwaltung;
4. (neu) Erfüllung weiterer grundlegender Leitungs-, Planungs- und Verwaltungsaufgaben;
5. (neu) Erlass von Vollzugsreglementen sowie Abschluss von Vereinbarungen, soweit nicht die Bürgerschaft oder abschliessend das Stadtparlament zuständig sind;
6. (neu) Einreichung und Anerkennung von Klagen, Ergreifen von Rechtsmitteln, Abschluss von Vergleichen;
7. (neu) Vertretung der Stadt nach aussen;
8. (neu) Information der Öffentlichkeit über Geschäfte von allgemeinem Interesse;
9. (neu) Erlass eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans;
10. (neu) Sicherstellen eines internen Kontrollsystems;
11. (neu) Erfüllung aller weiteren Aufgaben der Stadt, für die kein anderes Organ zuständig ist.

³ *Aufgehoben.*

Art. 52

Aufgehoben.

Art. 69

Aufgehoben.

2. In der Gemeindeordnung vom 8. Februar 2004 wird «Liegenschaftenkommission» unter Anpassung an den Text durch «Liegenschaften- und Baukommission» ersetzt.

II.

Keine Fremdänderungen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Dieser Nachtrag untersteht dem obligatorischen Referendum. Er bedarf der Genehmigung des zuständigen Departements.

Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten.

[Ort], [Datum]

Im Namen des Stadtparlaments

Der Präsident:

Vica Mitrovic

Der Ratssekretär:

Manfred Linke